

Nummer 94

November 2004

Impressum:
Resti - KPÖ Fohnsdorf,
Josefplatz 3a,
8753 Fohnsdorf. Tel. 2166

Mitteilungsblatt der **KPÖ** Fohnsdorf

Bevor der Vorhang fällt? Der 4. Akt im Drama um die Therme

Seit vielen Jahren verspricht man uns den Bau der Therme Fohnsdorf. Die meisten Versprechungen haben aber nicht gehalten. Jetzt sind wir beim 4. Akt des Dramas angelangt. Eine Hauptrolle war dabei immer anders besetzt. In der anderen war immer die Gemeinde Fohnsdorf – und unser Steuergeld. Erinnerung wir uns: Im 1. Akt ist die META-Hotel-Gruppe aufgetreten. nach ihrer Pleite kam es zum zweiten

Akt mit Diplomkaufmann Zoidl. der ist ausgestiegen. Den 3. Akt führte die Gemeinde Fohnsdorf gemeinsam mit der Firma Kohlbacher auf, die ebenfalls das Interesse verloren hat.

Jetzt sind wir beim 4. Akt angelangt, an dem Bau-firmen beteiligt sind. Eine GesmbH soll gegründet und Risikokapital aufgebracht werden.



Der Hahn ist nach der Bohrung abgedreht. Hier soll einmal das Thermenwasser fließen!

DREI GROßE WENN

Bei der Geschichte gibt es aber drei große Wenn. Der Plan funktioniert,

- wenn die Banken die notwendigen Summen garantieren,
- wenn das Land Steiermark das Projekt fördert und
- wenn die Firmen weiterhin Interesse haben.

Es sind also auch im 4. Akt des Dramas um die Fohnsdorfer Therme sehr viele Fragen offen. Vor allem ist es nicht sehr beruhigend, dass der zuständige Landesrat Schützenhöfer, erst vor kurzem öffentlich gesagt hat, dass es nach dem Projekt Bad Aussee keine weitere Thermenförderung des Landes mehr geben würde. KPÖ-Gemeinderätin Elfie Wieser: „Das ist kein gutes Vorzeichen, man müsste sich dringend in Fohnsdorf Gedanken über Alternativen zum Thermenprojekt machen. Es ist schon jetzt irrsinnig viel Geld geflossen und die Grundstücke liegen noch immer brach“.

**GUTE
ARBEIT**

in Stadt

Land

KPÖ

EU: Fischler und Co kassieren 3 Jahre weiter - steuerfrei

Der österreichische EU-Kommissar Fischler und die anderen ausscheidenden Kommissare haben in den kommenden drei Jahren den Anspruch auf ein äußerst großzügig bemessenes und steuerfreies „Übergangsgeld“.

Fischler würde laut einer Aufstellung des Steuerzahlerbundes drei Jahre lang Monat für Monat mindestens 9.958 Euro aus EU-Mitteln kassieren – steuerfrei. Zusätzlich hat er Anspruch auf eine österreichische Ministerpension.

Auf EU-Kommissionspräsident Prodi (derzeitiges Monatsgehalt: 22.215 Euro) warten bis Ende 2007 monatlich steuerfreie 12.215 Euro aus der EU-Kasse. EU-Kommissare aus den neuen Mitgliedsstaaten, die nur 6 Monate im Amt waren kassieren gleichfalls.

Von ähnlich günstigen Übergangsregelungen können Arbeiter, Angestellte und

Pensionisten nur träumen. Jene Leute, die EU-weit einen strikten Belastungskurs auf Kosten der arbeitenden Menschen durchgesetzt haben, haben ihre eigene Zukunft gut abgesichert.

Übrigens: Vor der EU-Parlamentswahl haben alle Parteien eine Abschaffung des Spesenskandals für die EU-Abgeordneten versprochen. Diese Regelung ist im September auf die lange Bank geschoben worden. Die Wahlen sind vorbei.

Und die nächste Möglichkeit zur Selbstbedienung aus dem EU-

Steuertopf wurde möglich gemacht. EU-weite Parteien erhalten heuer 6,3 Millionen Euro, im kommenden Jahr werden es insgesamt 8,4 Mio. Euro werden – es gibt sogar Pressemeldungen, wonach diese Finanzierung für EU-Parteien langfristig auf 100 Mio. Euro pro Jahr steigen könnte.

WARNUNG vor der EU

Die Europäische Union lässt ihre Bürger/innen teuer bezahlen: Sozialabbau, Pensionsraub, Militarisierung, Privilegien und Profit gehen vor. Soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs werden gefährdet.



KPÖ

Der große Saal der Fohnsdorfer „Resti“ Ideal für Veranstaltungen und größere private Feiern!

Auch Dauervermietung möglich!

Tel. 21 66, mail: kp.fohnsdorf@kpoe-graz.at



Anfragen unter: KPÖ-Fohnsdorf, Tel.: 03573/ 21 66

Gesundheit: Belastungen sind rücksichtslos und unsozial

„Die Belastungen im Gesundheitsbereich sind umgeschichtet worden, sie bleiben aber rücksichtslos und unsozial.“

Der Kostenbeitrag für Patienten im Spital steigt von 7,98 Euro auf 10 Euro pro Tag! Die Rezeptgebühr wird „nur“ um umgerechnet 1,40 S teurer und beträgt künftig 4,45 €.

Dafür wird es für die meisten Menschen in Zukunft keine Refundierung eines Teils der Kosten für Brillen mehr geben.

Dadurch werden vor allem

Ältere, chronisch Kranke und schwer arbeitende Menschen belastet und damit für das Kranksein noch zusätzlich bestraft.

Parteder: „Während das Taggeld im Spital um über 20 Prozent angehoben wird, ist keine Rede davon, dass die Einkommensgrenzen für die Befreiung von dieser Belastung ebenfalls um 20 Prozent erhöht würden“.

Die steirische KPÖ setzt sich entschieden gegen diese Belastungen ein und wird auf alle Fälle Initiativen zur Anhebung der Freigrenzen starten.

kurz bemerkt...

- dass bei den **Müllinseln** immer wieder unschöne Zustände bestehen.
- dass der **Kinderspielfeld** beim Turnsaal immer verdreht ist. Er ist voll Flaschen und Dosen, so dass man genau aufpassen muss, damit nichts passiert.
- dass man den Erfolg der Arena im Dorf in negativer Hinsicht spürt. Viel **Kaufkraft** wandert in das Einkaufszentrum ab.
- dass die **Sanierung** der Hauptstraße beim Freibad gut gelungen ist. Der Gehsteig wurde gepflastert.
- dass die **Therme Fohnsdorf** im **Entwicklungsplan** des Landes für die Region nicht enthalten ist.
- dass die SPÖ vor Jahrzehnten die Forderung nach einem **Nulltarif** bei Kindergärten hatte. Bis heute wurde diese Forderung nicht verwirklicht und die Tarife steigen Jahr für Jahr munter weiter.
- dass die Schrift in den Telefonbüchern immer kleiner wird. Das bringt **Probleme** für die älteren Menschen.
- dass in den Medien die **Grafen** und **Fürsten** nicht aussterben, obwohl es schon seit 1918 ein Verbotsgesetz gibt.

Eurofighter: Es klemmt hinten und vorne

Die Eurofighter werden für uns teuer.

Zuerst hat man F-16 aus der Schweiz mieten müssen, weil die neuen Kampfflugzeuge des EU-Rüstungskonzerns EADS nicht rechtzeitig fertig geworden sind. Dann stellt sich heraus, dass die Gegengeschäfte, mit denen man so viel Reklame gemacht hat, oft nicht einmal auf dem Papier stehen. Und jetzt berichtet das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Folgendes: Der Eurofighter ist fast nicht flugtauglich. Auch der Ersatzteilbedarf entspricht nicht den Prognosen. Viele Teile müssen eher ausgetauscht werden, als erwartet. Zahlen muss die Bevölkerung.



So schau sie aus wenn sie in der Luft sind - die Eurofighter. Allerdings sind sie selten in der Luft.

Und jetzt berichtet das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Folgendes: Der Eurofighter ist fast nicht flugtauglich. Auch der Ersatzteilbedarf entspricht nicht den Prognosen. Viele Teile müssen eher ausgetauscht werden, als erwartet. Zahlen muss die Bevölkerung.

Das bekommen Manager in Österreich (pro Jahr)

Siegfried Wolf (Magna)	9.200.000 €
Erich Hampel (Bank Austria)	1.200.000 €
Helmut Draxler (RHI)	1.070.000 €
Andreas Treichl (Erste Bank)	995.000 €
Wolfgang Leitner (MFA)	865.000 €
Wolfgang Ruttensdorfer (ÖMV)	860.000
Wolfgang Ruttensdorfer (ÖMV)	860.000
Veit Schalle (Billa)	720.000 €
Albert Hochleitner (Siemens)	620.000 €

Pensionen: Fortsetzung des unwürdigen Spieles

Wir alle erinnern uns noch an die Auseinandersetzungen um die Pensionskürzungen zu Beginn dieses Jahres. Trotzdem plant die Regierung anscheinend für 2005 eine Fortsetzung dieses unwürdigen Spieles.

Alle Pensionen bis zur so genannten Medianpension in Höhe von 686,70 Euro sollen im nächsten Jahr um 1,5 Prozent angehoben werden. Die darüber liegenden Pensionen sollen um einen Fixbetrag von 10,30 Euro erhöht werden.

KPÖ-Landesvorsitzender Parteder: „Ich möchte nicht nur davon reden, dass die aktuelle Inflationsrate über 2 Prozent liegt und dass Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln wie Brot, bei den Heizkosten, im Gesundheitswesen oder bei Bus und Bahn die SeniorInnen besonders stark treffen. Wegen der zweiten Etappe der Anhebung des Sozialversicherungsbeitrages dürfte es für viele PensionistInnen auch 2005 wieder eine Senkung ihrer Nettopension geben, wenn es nicht zu einem echten Inflationsausgleich kommt.“

Die KPÖ-Steiermark weist schon jetzt darauf hin, dass es bei der Jännerpension 2005, die am 1. Februar ausgezahlt wird, eine böse Überraschung geben könnte.

Deshalb treten wir für einen echten Teuerungsausgleich ein. Weiters fordern wir, dass auch Pensionen bei der für Bruttoeinkommen bis zu 1.035 € monatlich gewährten Negativsteuer berücksichtigt werden, was derzeit nicht der Fall ist.



**KPÖ-Gemeinderätin
Elfi Wieser
Tel. 0676 / 372 4677**

Liebe Fohnsdorferin!
Lieber Fohnsdorfer!

Fohnsdorf ist etwas Besonderes

Unser Fohnsdorf ist eine ganz besondere Gemeinde. Wir spüren noch immer, dass der Bergbau das Leben im Ort über viele Generationen hinweg bestimmt hat. Wir sind eine Arbeitergemeinde.

Deshalb war es auch kein Zufall, dass die KPÖ seit 1945 bis heute im Gemeinderat eine nicht unwichtige Rolle spielt: Wir sind jene Kraft, die für Information und Kontrolle sorgt. Und das war gut für die Fohnsdorfer. Die SPÖ und auch der Bürgermeister brauchen jemanden, der nicht zu allem Ja und Amen sagt.

Wir machen Vorschläge und wir zeigen auf, wenn etwas nicht richtig verläuft. Das können wir, weil wir nicht auf Firmen, Banken, auf Geschäftemacher oder auf die Landes- und Bundeszentrale einer mächtigen Partei Rücksicht nehmen müssen.

Seit dem Jahr 2000 habe ich mich bemüht, dieser großen Verantwortung gerecht zu werden. Ich hoffe, dass meine Arbeit von der Bevölkerung im Großen und Ganzen anerkannt wird.

Die SPÖ hat schon jetzt die Zwei-Drittel Mehrheit. Die Bürger sollten bedenken, dass eine gute Kontrolle wichtig ist. Deshalb bitte ich schon jetzt, Folgendes zu überlegen:

Bei der Gemeinderatswahl geht es nicht um den Bürgermeister. Es geht darum, ob wir von der KPÖ in Fohnsdorf so weiterarbeiten können wie bisher.

Ihre Gemeinderätin
Elfriede Wieser

KPÖ
FOHNSDORF

Pension: „Schöpfer“ werden gestraft

Ich bin als Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr in Graz mit den Problemen sehr gut vertraut, die das neue Gesetz vor allem für jene Menschen bringt, die ihr Leben lang seit dem 15. Lebensjahr gearbeitet haben: „Mir stellt sich die Frage, was die Leute, die ihr Leben lang gearbeitet und ihre Beiträge eingezahlt haben, dafür können, dass man sie noch einmal zur Kassa bittet und ihre Pensionshöhe kürzt? Das hat mit Sozialpolitik nichts mehr zu tun. Hier geht es um Sozialabbau. Besonders gestraft werden die Frauen und die „Schöpfer“. Für die Berechnung der zukünftigen Pensionen wird es unterschiedliche Kriterien geben, die bis zu 20 % Verlust bringen können. Und nicht zuletzt wird damit auch die Pensionsreform 2003, welche überwiegend zu Lasten der ASVG-Versicherten ging, festgeschrieben und die Politik des Sozialabbaus fortgesetzt.

Ich frage mich, warum eines der reichsten Länder der Welt auf einmal kein Geld mehr für die Pensionen hat. An der höheren Lebenserwartung liegt es nicht: Über die Aufteilung des Volkseinkommens entscheidet nicht die Alterstruktur.



Es geht um die ökonomischen Interessen der multinationalen und Finanzkonzerne. Deshalb geht auch die Lohnquote am Volkseinkommen zurück. KPÖ und GLB treten als Gegenmaßnahme dafür ein, die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmer auf Wertschöpfungsbasis umzustellen.

AK-Rat Peter Scherz
Gewerkschaftlicher Linksblock

Nationalfeiertag: Nein zur EU-Verfassung – Volksabstimmung!

Die Festveranstaltung der steirischen KPÖ, von Kinderland und GLB zum Nationalfeiertag in Knittelfeld stand im Zeichen der Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfes und der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung in Österreich.



Gerald Oberansmayr von der Linzer Werkstatt für Frieden und Solidarität wies in seiner Ansprache nach, dass die EU der Konzerne und der Generäle die fortschrittlichen Grundlagen der 2. Republik wie Neutralität und öffentliches Eigentum unterminiert. KPÖ-Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder betonte, dass die Kommunistische Partei in der Steiermark am klarsten ausspricht, dass die Neutralität ein Zukunftskonzept für Österreich ist.

KPÖ-Gemeinderätin Ing. Renate Pacher überreichte dem Vertreter der Friedenswerkstatt zahlreiche Unterstützungserklärungen für das Friedensvolksbegehren. Der Wiener Liedermacher Chris Peterka sang Lieder für den Frieden.

Wählen mit 16

Eine immer wieder erhobene Forderung hat sich nun auch in der Steiermark verwirklicht. Das Land hat das Stimmrecht für Jugendliche ab 16 Jahren beschlossen. So werden all jene bei der nächsten Gemeinderatswahl am 13. März 2005 wählen können, die vor dem 1. Jänner 2005 den 16. Geburtstag gefeiert haben.

Weihnachtsfeier

von Kinderland und KPÖ Fohnsdorf

Freitag, 10. 12.

16 Uhr Resti, Josefplatz



Heizkostenzuschuss PVA

Auf die stark gestiegenen Heizkosten haben nicht nur Land und Sozialhilfeverbände reagiert - auch die Pensionsversicherungsanstalt gibt eine Beihilfe:

Ausgleichszulagenbezieher können ein Ansuchen auf einen (einmaligen) Heizkostenzuschuss stellen, und zwar direkt bei der PVA, Bahnhofgürtel 29, 8020 Graz.

*Gebührenerhöhungen,
Privilegien,
Freunderlwirtschaft*

**Sicher nicht
mit uns!**

